



Babcock & Wilcox Enterprises, Inc.
**Handbuch zur Bekämpfung
von Korruption und
Bestechung**

Oktober 2020

Die Direktoren, leitenden Angestellten und Mitarbeiter von Babcock & Wilcox Enterprises Inc., seinen Tochtergesellschaften und kontrollierten Unternehmen („B&W“ oder das „Unternehmen“) verpflichten sich zur Einhaltung der Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption in allen Ländern und Gebieten, in denen wir tätig sind oder Produkte oder Dienstleistungen vertreiben. Der Vorstand und die Geschäftsleitung von B&W sind der festen Überzeugung, dass die Art und Weise, wie wir Ergebnisse erzielen, ebenso wichtig ist wie die Ergebnisse selbst, und wollen dies auch allen Mitarbeitern vermitteln. Um die Mitarbeiter dabei zu unterstützen, die Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption einzuhalten und ihr Geschäftsgebaren an unserem Verhaltenskodex (dem „Kodex“) und unseren hohen ethischen Standards auszurichten, stellt B&W dieses Handbuch zur Einhaltung der Gesetze zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung (das „Handbuch“) zur Verfügung.

Zweck dieses Handbuchs ist es, die Verpflichtung des Vorstands und der Geschäftsleitung zur Einhaltung der Vorschriften zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption zu bekräftigen und die Pflichten von Mitarbeitern, Lieferanten, Verkäufern, Auftragnehmern, Erfüllungsgehilfen, Vertretern, Beratern und Joint-Venture-Partnern von B&W, die im Namen von B&W Geschäfte tätigen, gemäß dem U.S. Foreign Corrupt Practices Act („FCPA“), dem U.K. Bribery Act von 2010 („UKBA“) und anderen anwendbaren Gesetzen zu erläutern und Antworten auf einige der Fragen zu geben, die zu diesen Themen auftreten können. Auch wenn dieses Handbuch fester Bestandteil des Ethik- und Compliance-Programms von B&W ist, soll es die Bedeutung anderer Bestimmungen des Kodex oder des Ethik- und Compliance-Programms nicht schmälern. Dieses Handbuch ist auch nicht dazu gedacht, Mitarbeiter in die Lage zu versetzen, den FCPA oder den UKBA rechtlich beurteilen zu können. Vielmehr soll es den Mitarbeitern, Lieferanten, Verkäufern, Auftragnehmern, Erfüllungsgehilfen, Vertretern, Beratern und Joint-Venture-Partnern von B&W einen rechtlichen Überblick vermitteln und sie für die rechtliche Komplexität sensibilisieren, damit alle wissen, wann sie die Abteilung für Ethik und Compliance oder die Rechtsabteilung um Rat fragen müssen. Dieses Handbuch dient als vorbeugendes Instrument zur Erkennung und Vermeidung von potenziellen Konflikten und Verstößen gegen den FCPA, den UKBA und die anderen geltenden Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption in den Ländern, in denen B&W tätig ist.

Wir möchten unsere Mitarbeiter auch daran erinnern, dass unsere internen Kontrollen und Finanzberichterstattungssysteme eine wichtige Rolle bei der Verhinderung und Aufdeckung von Korruption spielen. Die Bewertung unserer internen Kontrollen basiert auf dem Committee of Sponsoring Organizations („COSO“) Internal Controls-Integrated Framework. Das COSO-Rahmenwerk wurde 2013 aktualisiert. Dies führte zu mehr Leitlinien für die Gestaltung und Umsetzung interner Kontrollen im gesamten Unternehmen, u. a. die Einrichtung wirksamer interner Kontrollen zur Gewährleistung der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften wie dem FCPA und dem UKBA (beide werden in diesem Handbuch noch ausführlicher behandelt). Dieses Handbuch enthält allgemeine Informationen über interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Bestechung und Korruption, z. B. das Führen von korrekten Geschäftsbüchern und Aufzeichnungen, Geschenk- und Bewirtungspraktiken, Zahlungspraktiken und Bankkontenpraktiken. Jeder Mitarbeiter und Vertreter von B&W sollte sich der Notwendigkeit interner Kontrollen im Zusammenhang mit diesen Gesetzen und Vorschriften bewusst sein und sich aktiv darum bemühen, dass diese Kontrollen vorhanden und wirksam sind.

DER FCPA

Der FCPA besteht aus zwei Teilen. Der Abschnitt über die Bekämpfung von Bestechung befasst sich mit Bestechungsgeldern an ausländische Regierungsvertreter. Der zweite Abschnitt befasst sich mit den Anforderungen an die Buchführung und die internen Kontrollen. Nachfolgend finden Sie eine kurze Zusammenfassung der einzelnen Abschnitte.

Die FCPA-Bestimmungen zur Bekämpfung von Bestechung im Zusammenhang mit einem Geschäftsvorgang verbieten:

- Das Geben, Anbieten, Versprechen oder Ermächtigen von Zahlungen oder wertvollen Geschenken
- an einen „ausländischen Regierungsvertreter“
- mit der Absicht, einen Auftrag zu erlangen oder zu behalten oder
- sich einen unzulässigen Geschäftsvorteil zu verschaffen.

Der Abschnitt des FCPA zur Bekämpfung von Bestechung stellt es unter Strafe, einem ausländischen Regierungsvertreter, einem politischen Kandidaten oder einer Person, die im Namen einer öffentlichen internationalen Organisation handelt, direkt oder indirekt etwas von Wert zu zahlen oder anzubieten, um Aufträge zu erhalten oder zu behalten oder einen unzulässigen Geschäftsvorteil zu erlangen. Um gegen den FCPA zu verstoßen, muss nicht unbedingt etwas von Wert den Besitzer wechseln. Schon ein Angebot, ein Plan oder ein Versprechen, etwas von Wert zu zahlen oder zu geben (auch in der Zukunft), kann einen Verstoß darstellen. Obwohl nach dem FCPA sogenannte Beschleunigungszahlungen durchaus zulässig sind, werden sie durch die B&W-Richtlinie ausdrücklich verboten.

Die FCPA-Bestimmungen über interne Buchführungskontrollen und Aufzeichnungen verpflichten Direktoren, leitende Angestellte, Mitarbeiter, Vertreter, Aktionäre und verbundene Unternehmen von B&W zur Einhaltung der FCPA-Bestimmungen:

- Führen von Büchern und Aufzeichnungen, die jede Transaktion genau widerspiegeln, und
- Aufrechterhaltung eines Systems interner Rechnungslegungskontrollen.

Die Anforderung, alle Transaktionen ordnungsgemäß und genau zu erfassen, erstreckt sich auf alle Originaldokumente, einschließlich Rechnungen, Quittungen und Spesenabrechnungen, und nicht nur auf die Hauptbücher. Mit diesen Bestimmungen soll verhindert werden, dass Unternehmen Bestechungsgelder verheimlichen, und es soll von betrügerischen Buchführungspraktiken abgehalten werden. So kann ein Unternehmen beispielsweise eine Bestechung nicht als Provision für einen Handelsvertreter, als Beratungshonorar oder als „Erfolgshonorar“ verbuchen, wenn es weiß oder Grund zu der Annahme hat, dass die Zahlung oder ein Teil der Zahlung für einen unzulässigen Zweck an einen Regierungsvertreter verwendet wird. Das Versäumnis, ein internes Kontrollsystem aufrechtzuerhalten, oder das Fälschen von Büchern und Aufzeichnungen ist nach dem FCPA eine Straftat und steht im Widerspruch zu den Anforderungen von COSO 2013, wonach das Unternehmen sicherstellen muss, dass derartige Kontrollen vorhanden und wirksam sind.

DER UKBA

Ähnlich wie der FCPA verbietet der UKBA die Bestechung von Regierungsvertretern. Im Gegensatz zum FCPA untersagt der UKBA auch die Bestechung im privaten Sektor. Zusätzlich zu den Verboten des FCPA:

- Verbietet der UKBA alle Formen der Bestechung,
- Verbietet Beschleunigungszahlungen und
- Wendet die persönliche Haftung auf britische Staatsbürger an (straf- und zivilrechtlich).

GESCHENKE UND UNTERHALTUNG

Geschenke und Bewirtung werden oft als eine Form der Höflichkeit angesehen und sind in vielen Ländern im Geschäftsalltag üblich, können aber auch Korruption und Bestechung implizieren. Die Gesetze zur Korruptions- und Bestechungsbekämpfung verbieten es, Dritten *irgendetwas* von Wert anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, einschließlich Geschenken und Bewirtung, um einen unzulässigen Vorteil zu erlangen oder diese Dritte anderweitig unrechtmäßig zu beeinflussen. Jedes Geschenk und jede Bewirtung für einen Regierungsvertreter muss sorgfältig und im Vorfeld geprüft und in Übereinstimmung mit der B&W-Richtlinie für Geschenke, Bewirtung, Sponsoring und Reisen von Regierungsvertretern (die Richtlinie für Geschenke und Bewirtung) genehmigt werden, um Gesetzesverstöße zu vermeiden.

Ebenso kann die Bereitstellung von Reisen und Unterkünften für Dritte zu Verstößen führen und ist nur dann zulässig, wenn sie in direktem Zusammenhang mit der Förderung, Vorführung oder Erläuterung einer Einrichtung, eines Produkts, einer Dienstleistung oder einer anderen Vertragserfüllung von B&W steht. Alle Reise- und Unterkunftsanträge für einen Regierungsvertreter müssen vorab gemäß der Richtlinie für Geschenke und Bewirtung genehmigt werden.



B&W toleriert weder Korruption in irgendeiner Form noch Verstöße gegen den FCPA oder andere Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption durch seine Führungskräfte, Direktoren, Mitarbeiter oder Vertreter. Unsere Richtlinien, der Kodex und das Ethik- und Compliance-Programm befassen sich mit einem breiten Spektrum an materiellen Verpflichtungen, die B&W und allen seinen Betriebs-/Meldeeinheiten auferlegt werden, um nicht nur sicherzustellen, dass unser Ruf für ehrliches und faires Handeln keinen Schaden nimmt, sondern auch, dass wir immer das Richtige tun. Diese Anforderung gilt auch für Unternehmen, die sich im Besitz von B&W befinden oder von B&W kontrolliert werden (aufgrund von Aktienbesitz, Management oder anderweitig), einschließlich Partnerschaften, Joint Ventures und Konsortien.

GESCHÄFTSPRAKTIKEN VON B&W

Bei B&W gelten Sorgfaltspflichten, die von allen Mitarbeitern vor der Beauftragung eines „Drittvermittlers“ oder „TPI“ – Prozessbevollmächtigte, Berater, Verkaufsvertreter, Wiederverkäufer oder anderen Drittvertreter – eingehalten werden müssen.

B&W ist für die Handlungen seiner Vertreter, einschließlich Joint-Venture-Partnern, verantwortlich, wenn B&W von deren unrechtmäßigen Handlungen wusste oder vernünftigerweise hätte wissen müssen. Im Rahmen des FCPA können leitende Angestellte und Mitarbeiter von B&W für Zahlungen an ausländische Funktionäre durch einen Drittvermittler haftbar gemacht werden. B&W kann nicht nur dann haftbar gemacht werden, wenn es von der illegalen Transaktion wusste, sondern auch, wenn es sich bei Anzeichen für Verstöße „blind gestellt“ hat. Mit anderen Worten: Wenn Mitarbeiter von B&W vorsätzliche Blindheit, bewusste Unkenntnis oder bewusste Missachtung von Handlungen oder Umständen an den Tag legten, kann davon ausgegangen werden, dass B&W von diesen Vorgängen Kenntnis hatte. Die Tatsache, dass ein bestimmter TPI selbst nicht unter den FCPA fällt, ist irrelevant. Die Mitarbeiter von B&W sind verpflichtet, Nachforschungen anzustellen, wenn die Umstände darauf hindeuten, dass ein TPI möglicherweise unrechtmäßig gehandelt hat oder handeln wird.

Zum Schutz von B&W und aller seiner Mitarbeiter müssen die folgenden Regeln ausnahmslos befolgt werden, wenn auf eine Aufforderung zu einer unzulässigen Zahlung reagiert wird:

- Verweigern Sie die Zahlung und erklären Sie, dass die B&W-Richtlinie solche Zahlungen verbietet – sie verstoßen gegen den FCPA, unseren Kodex, die globale B&W-Richtlinie zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption (die „AB/AC-Richtlinie“) und höchstwahrscheinlich auch gegen die örtlichen Gesetze.
- Machen Sie deutlich, dass die Ablehnung absolut ist und dass es niemals eine Körpersprache oder implizite Absprachen gibt, die auf etwas anderes hindeuten als die uneingeschränkte Einhaltung der Richtlinien und Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption.
- Melden Sie die Forderung nach einer unzulässigen Zahlung unverzüglich der Ethik- und Compliance-Abteilung, der Rechtsabteilung oder über die Integrity Line des Unternehmens oder eine vertrauliche E-Mail an ethics@babcock.com.
- Wenn es sich um einen Joint-Venture-Partner oder einen TPI handelt, erklären Sie, dass es diesen untersagt ist, derartige Zahlungen im Namen von B&W zu leisten, und dass B&W die Geschäftsbeziehung beenden wird, wenn eine solche Zahlung erfolgt.

Aufgrund der Art und des Umfangs der Auslandsaktivitäten von B&W ist die Einhaltung von Vorschriften zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption für B&W von besonderer Bedeutung. Die Einhaltung der Vorschriften ist keine Option, sondern eine Anforderung.

In allen Fällen, in denen B&W 50 % oder weniger der Stimmrechte eines Unternehmens besitzt und nicht anderweitig die betriebliche Kontrolle ausübt, verlangt der FCPA, dass B&W sich nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, die Einhaltung der FCPA-Bestimmungen zu Geschäftsbüchern und Aufzeichnungen sowie zu internen Rechnungslegungskontrollen durch dieses Unternehmen sicherzustellen. Darüber hinaus wird B&W mit der Kontrollinstanz zusammenarbeiten, um die Auferlegung von Anforderungen zu unterstützen, die den in diesem Handbuch beschriebenen ähnlich sind.

Es ist unser Grundsatz, dass wir den FCPA sowie alle geltenden Bestimmungen der Vereinigten Staaten, einschließlich aller US-Bundesstaaten oder politischen Unterabteilungen, und jedes ausländischen Landes, in dem wir geschäftlich tätig sind, nach Wort und Sinn einhalten, es sei denn, die US-Gesetze verbieten oder bestrafen die Einhaltung dieser ausländischen Gesetze (wie im Falle bestimmter ausländischer Gesetze bezüglich des Boykotts der Arabischen Liga gegen Israel).

Es ist wichtig zu verstehen, dass der Vorstand oder ein von ihm ernannter Ausschuss gemäß den für B&W geltenden Gesetzen und Vorschriften die ausdrückliche, spezifische und ständige Verpflichtung hat, dafür zu sorgen, dass B&W diese Standards uneingeschränkt einhält. Dementsprechend hat sich der Prüfungs- und Finanzausschuss des Vorstands verpflichtet, die Einhaltung des FCPA, des Kodex und des Ethik- und Compliance-Programms zu gewährleisten. Dieses Handbuch soll zusammen mit dem Kodex und der AB/AC-Richtlinie von B&W sicherstellen, dass B&W diesen Verpflichtungen nachkommt.

Verstöße gegen den FCPA und andere für B&W geltende Rechtsvorschriften ziehen erhebliche zivil- und strafrechtliche Geld- und sonstige Strafen nach sich, darunter bei Einzeltätern Haftstrafen und das Verbot, als leitender Angestellter oder Direktor eines öffentlichen Unternehmens tätig zu sein, und bei Unternehmen der Verlust von Exportprivilegien und der Ausschluss von staatlichen Aufträgen.

Sollten Sie, nachdem Sie sich mit diesem Handbuch vertraut gemacht haben, Fragen oder Bedenken zu den in Betracht kommenden oder bereits erfolgten Aktivitäten haben, besprechen Sie diese bitte mit der Rechtsabteilung oder der Abteilung für Ethik und Compliance. Eine Liste der Ansprechpartner der Ethik- und Compliance-Abteilung finden Sie auf der internen Website des Unternehmens auf der Seite für Ethik und Compliance. Sie können sich auch gerne an die Abteilung für Ethik und Compliance wenden: ethics@babcock.com.

Für diejenigen, die anonym bleiben möchten, bietet B&W eine mehrsprachige, weltweite Integrity Line an, die rund um die Uhr erreichbar ist. Jeder, der in gutem Glauben ein Anliegen meldet, ist durch den Kodex und die B&W-Richtlinie gegen Vergeltungsmaßnahmen sowie in einer Reihe von Ländern durch die Gesetzgebung vor Vergeltungsmaßnahmen geschützt. Mitarbeiter und andere Personen werden ermutigt, Bedenken zu melden, indem sie die unten aufgeführte gebührenfreie Nummer anrufen oder über das Internet oder per E-Mail Meldung machen:

888-475-0003 USA und Kanada

0808-234-2980 Großbritannien (UK)

Informationen zur Erreichung der Integrity Line oder für Länder, die oben nicht aufgeführt sind, finden Sie in der Tabelle unter <https://www.babcock.com/en/about/ethics>.

Meldung über das Internet: www.bwintegrityline.com

www.bweuintegrityline.com (nur EU-Länder)

Per E-Mail: ethics@babcock.com



FRAGEN UND ANTWORTEN

Nachfolgend finden Sie Antworten auf einige häufig gestellte Fragen zu bestimmten Compliance-Pflichten sowie zum FCPA.

A. FOREIGN CORRUPT PRACTICES ACT (FCPA)

Welches Verhalten ist nach den Bestimmungen des FCPA zur Bekämpfung von Bestechung verboten ?

Nach dem FCPA ist es für ein US-Unternehmen oder einen leitenden Angestellten, Direktor, Mitarbeiter, Erfüllungsgehilfen oder Aktionär, der im Namen eines solchen Unternehmens handelt, rechtswidrig, einem ausländischen Regierungsvertreter, einer politischen Partei oder einem Funktionär oder Kandidaten einer solchen Partei direkt oder indirekt über eine andere Person oder Firma etwas von Wert anzubieten, zu zahlen, zu versprechen oder eine entsprechende Zahlung zu genehmigen, um Aufträge zu erlangen oder zu behalten.

Wer ist ein ausländischer Regierungsvertreter (Regierungsvertreter) im Sinne des U.S. Foreign Corrupt Practices Act (FCPA)?

Ein Regierungsvertreter ist ein Funktionär oder Mitarbeiter einer ausländischen Regierung oder eines Ministeriums, einer Behörde oder einer Einrichtung dieser Regierung oder einer öffentlichen internationalen Organisation oder eine Person, die in offizieller Funktion für oder im Namen einer solchen Regierung oder eines Ministeriums, einer Behörde oder einer Einrichtung oder für oder im Namen einer solchen öffentlichen internationalen Organisation handelt. Dazu gehören u. a. die folgenden Personen, unabhängig von Rang oder Position:

- Ein Funktionär oder Mitarbeiter eines Ministeriums, einer Agentur, eines Büros, einer Behörde oder eines anderen Organs einer ausländischen Regierung, z. B. eines Unternehmens in Staatsbesitz oder eines staatlich kontrollierten Unternehmens;
- ein Funktionär oder Mitarbeiter einer von der Regierung geförderten Organisation wie den Vereinten Nationen oder der Weltbank;
- eine Person, die in offizieller Funktion für oder im Auftrag einer Regierung, Behörde oder Einrichtung einer ausländischen Regierung agiert, selbst wenn es sich bei der Person nicht um einen Regierungsfunktionär oder -mitarbeiter handelt;
- ein Mitarbeiter oder Vertreter einer juristischen Person, die sich im Besitz einer Regierung oder unter staatlicher Kontrolle befindet (z. B. Mitarbeiter eines staatlichen Energieversorgungsunternehmens) oder an der ein staatliches Unternehmen eine Beteiligung besitzt;
- ein Mitglied oder Mitarbeiter von Legislative oder Judikative, ein Zollbeamter, ein Steuerbeamter oder ein Kreditsachbearbeiter der Weltbank oder
- ein Kandidat für ein politisches Amt, auch wenn die betreffende Person noch kein Regierungsvertreter oder -mitarbeiter ist, sowie eine politische Partei oder ein Parteifunktionär;
- jeder Mitarbeiter und Funktionär eines ausländischen Regierungsorgans, oder der ein Amt oder eine Position bekleidet, die ausländischem Recht unterliegt, sowie eine Einzelperson, die im Rahmen eines Vertrags für ein ausländisches Regierungsorgan arbeitet.

Wer ist ein Vertreter?

Jeder „Drittvermittler“ bzw. „TPI“, der ermächtigt ist, im Namen von B&W Geschäfte zu tätigen oder B&W anderweitig zu vertreten, sollte für die Zwecke der Einhaltung von Vorschriften zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption als Vertreter betrachtet werden. Beispiele hierfür sind Handelsvertreter, Wiederverkäufer, Berater, Zollagenten, Einwanderungsagenten sowie sonstige Drittvermittler. Die B&W-Richtlinie über die Sorgfaltspflicht und das Genehmigungsprogramm für Drittvermittler (die „TPI-Richtlinie“) sieht vor, dass alle Vertreter sorgfältig überprüft werden, bevor sie von B&W beauftragt werden. Von den Vertretern wird erwartet, dass sie dieses Handbuch in gleicher Weise und in gleichem Maße einhalten wie Führungskräfte, Direktoren und Mitarbeiter des Unternehmens.

Gilt der FCPA nur für Bestechung?

Nein, der FCPA enthält auch Anforderungen in Bezug auf die Führung angemessener Geschäftsbücher und Aufzeichnungen des Unternehmens, unabhängig davon, ob es sich um ausländische Transaktionen handelt oder nicht. Die Bestimmungen des FCPA über Geschäftsbücher und Aufzeichnungen verlangen, dass B&W Bücher, Aufzeichnungen und Konten mit einem angemessenen Detailgrad führt, um die Transaktionen und Verwendung von Vermögenswerten angemessen wiederzugeben, und dass ein System interner Kontrollen aufrechterhalten wird, das eine angemessene Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit bietet. Die Bestechungsbestimmungen des FCPA verbieten, ausländischen Regierungsvertretern, ausländischen politischen Parteien (oder deren Vertretern) oder Kandidaten für ein ausländisches politisches Amt mit der Absicht oder dem Zweck der Korruption Geld oder Wertgegenstände anzubieten oder zu schenken, um Aufträge zu erlangen, zu behalten oder zu beeinflussen.

Gilt der FCPA auch für Funktionäre oder Mitarbeiter der Vereinigten Staaten?

Nein. Es gibt jedoch andere Gesetze, die den Umgang mit US-Regierungsvertretern auf Bundes- und Einzelstaatenebene regeln. Es gehört zu den Grundsätzen von B&W, dass die Beziehungen zu US-Regierungsvertretern oder -mitarbeitern der Vereinigten Staaten (und die Beziehungen zu ausländischen Regierungsvertretern oder -mitarbeitern) so gestaltet werden, dass die vollständige Offenlegung aller Einzelheiten das Unternehmen nicht in Verlegenheit bringt oder seine Integrität oder seinen Ruf gefährdet. Diese Richtlinie gilt unabhängig davon, ob es sich um Gelder oder Vermögenswerte von B&W oder um persönliche Gelder oder Vermögenswerte handelt, und bezieht sich auch auf indirekte Zuwendungen oder Zahlungen, die über Dritte geleistet werden. Darüber hinaus müssen sich alle Mitarbeiter der Tatsache bewusst sein, dass die US-Gesetze und -Vorschriften Geschenke und Einladungen an Mitarbeiter der US-Regierung ausdrücklich und streng regeln und die Einhaltung der geltenden Beschränkungen zwingend erforderlich ist.

Gibt es interne Meldepflichten für Geschenke und Einladungen, die seitens des Unternehmens Funktionären und Mitarbeitern der US-Regierung sowie ausländischer Regierungen gemacht werden?

Ja. Geschenke an Funktionäre und Mitarbeiter der US-Regierung sind selten, wenn überhaupt, erlaubt. Im Falle ausländischer Regierungsvertreter oder -mitarbeiter können solche Geschenke je nach Situation zulässig sein. Derartige Geschenke bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung gemäß der B&W-Richtlinie für Geschenke und Bewirtung.

Könnte der FCPA in einer Situation Anwendung finden, in der B&W nur eine Minderheitsbeteiligung an einem ausländischen Unternehmen hält?

Ja, das wäre möglich. Natürlich ist die Höhe der Beteiligung und der Kontrolle relevant für „Wissen“ und „Berechtigung“. Dabei geht es unter anderem um die Frage, ob B&W das Tagesgeschäft leitet oder nur die Jahresberichte liest. Wie bereits erwähnt, können einzelne US-Bürger, die für solche ausländischen Unternehmen arbeiten, einer persönlichen Haftung ausgesetzt sein.

Ist das Unternehmen nach dem FCPA haftbar, wenn ein Drittvermittler einen Regierungsvertreter besticht?

B&W kann haftbar gemacht werden, wenn das Unternehmen wusste, dass der TPI Bestechungsgeld zahlen wollte, dies nicht verhindert hat und somit die Bestechung stillschweigend genehmigt hat. Das Wissen, das ausreicht, um B&W haftbar zu machen, ist so definiert, dass es die Überzeugung einschließt, dass „so gut wie sicher“ oder „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ eine unzulässige Zahlung erfolgen wird. Man kann sich einer Haftung nicht entziehen, indem man wegsieht. Wenn „Warnsignale“ vorhanden sind, die Fragen aufwerfen, dann

besteht die Pflicht, sich zu erkundigen. In einer Agentur sind typische **Warnsignale** unter anderem:

- Die Beziehung des TPI zu der betreffenden staatlichen Stelle oder Vertragspartei:
Ist der TPI selbst Geschäftsmann mit einem Doppelstatus als Regierungsvertreter? Ist der TPI eng mit einem Regierungsvertreter verwandt? Befindet sich das Unternehmen des TPI zum Teil im Besitz eines Regierungsvertreters oder dessen Familie?
- Die Höhe der Zahlung an den Agenten:
Ist die Zahlung im Vergleich zu anderen Zahlungen von B&W für ähnliche Dienstleistungen überhöht? Ist das Entgelt im Vergleich zu den örtlichen Gepflogenheiten oder Gesetzen für rechtmäßige Dienstleistungen überhöht?
- Die Art der Zahlung an den TPI:
Hat sich der TPI dahingehend geäußert, dass er einen bestimmten Geldbetrag benötigt, um „den Zuschlag zu erhalten“, „die notwendigen Vorkehrungen zu treffen“ usw.? Gibt es deutliche Hinweise darauf, dass Geschäfte in diesem Land nur durch Bestechung von Funktionären zustande kommen?
- Die vom TPI zu erbringenden Leistungen:
Ist es legal, dass der TPI in diesem Land und in Bezug auf diesen Vertrag als solcher handelt? Sind die Dienste des TPI wirklich notwendig, oder wurden sie nur vorgeschlagen, um eine verbotene Zahlung zu decken?
- Art und Weise der Zahlung an den TPI:
Hat der TPI die gesamte Zahlung oder einen Teil davon in bar oder als Inhaberpapier verlangt? Wird die Zahlung teilweise an eine andere Person oder ein anderes Unternehmen geleistet? Erfolgt die Zahlung in einem anderen Land als dem Land, in dem die Dienstleistungen erbracht wurden? Hat der TPI falsche Unterlagen, z. B. falsche Rechnungen, oder die Nichtmeldung der Zahlung an die Steuerbehörden des Gastgeberlandes verlangt?

Wird der FCPA nur durch Beziehungen zu TPIs ausgelöst?

Nein. Die Bestechungsbestimmungen des FCPA verbieten das Anbieten oder Schenken von Wertgegenständen. Der FCPA kann in jeder Investitionssituation zum Tragen kommen, z. B. wenn ein ausländischer Regierungsvertreter eine Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen erhält. Es gehört zu den Grundsätzen von B&W, dass Gelder des Unternehmens weder direkt noch indirekt an ausländische Regierungsvertreter (oder an Funktionäre oder Mitarbeiter auf Bundes-, Einzelstaaten- oder Kommunalebene in den USA) oder an Unternehmen, an denen diese bekannterweise ein wesentliches Interesse haben, gezahlt, verliehen, übergeben oder anderweitig übertragen werden dürfen, es sei denn, es liegt eine ausdrückliche schriftliche Genehmigung des General Counsel vor.

Dürfen ausländische Regierungsvertreter oder -mitarbeiter als Berater eingesetzt werden?

Mit der ausdrücklichen schriftlichen Genehmigung des General Counsel und des Chief Compliance Officer kann ein ausländischer Regierungsvertreter oder -mitarbeiter mit der Erbringung von Rechts-, Beratungs- oder sonstigen Dienstleistungen beauftragt werden. Das gleiche Erfordernis der schriftlichen Genehmigung durch den General Counsel gilt für den Einsatz von US-Funktionären und -Mitarbeitern auf Bundes-, Einzelstaaten- und Kommunalebene. In allen Fällen ist ein schriftlicher Vertrag erforderlich, in dem Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen, die Grundlage der Vergütung sowie die Erstattung von Spesen geregelt ist und festgelegt wird, dass die Zahlung durch das Unternehmen für solche Dienstleistungen oder die Erstattung von Spesen nur gegen eine Aufstellung erfolgen darf, in der die Art der erbrachten Dienstleistungen und der entstandenen Spesen in angemessener Detailliertheit dargelegt wird.

Alle derartigen Vertragsentwürfe sind dem General Counsel zusammen mit den entsprechenden Einzelheiten unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Kann die Anwendung des FCPA ausgelöst werden, wenn ausländische Regierungen Unternehmen privatisieren?

Ja. Die Tatsache, dass ein staatseigenes Unternehmen privatisiert wird, bedeutet nicht, dass die beteiligten ausländischen Personen keine Regierungsvertreter mehr sind. Diese Fälle sind sehr spezifisch und hängen von den jeweiligen Umständen ab, sodass Sie immer Rücksprache mit der Rechtsabteilung halten müssen. Aufgrund der FCPA-Implikationen ist für die Zahlung von Honoraren, Reisekosten, Tagesspesen und Ähnlichem an die ausländischen Vertreter eine Genehmigung gemäß der Geschenke- und Bewirtungsrichtlinie von B&W erforderlich.

Gilt die FCPA-Vorschrift gegen Bestechung nur für neue Verträge? Gibt es im Rahmen des FCPA eine Ausnahme für Bagatellfälle?

Der Geltungsbereich des FCPA geht über den Abschluss neuer Verträge hinaus, und es gibt keine Ausnahme für Bagatellfälle. Der FCPA könnte für eine unzulässige Zahlung gelten, um eine günstigere Steuerregelung für Geschäfte zu erhalten. Dies gilt auch für die Aufrechterhaltung laufender Geschäfte. So hat die US-Regierung beispielsweise sowohl eine Einzelperson als auch ein Unternehmen wegen Verstoßes gegen den FCPA belangt, der auf einer Zahlung von 20.000 US-Dollar an einen ausländischen Regierungsvertreter durch ein US-Unternehmen beruhte, der versucht hatte, eine geschuldete Forderung einzutreiben.

Wie sieht die Unternehmenspolitik in Bezug auf sogenannte Beschleunigungszahlungen aus?

Beschleunigungszahlungen durch B&W, seine Mitarbeiter oder Vertreter im Namen des Unternehmens sind ausdrücklich verboten. Von Mitarbeitern des Unternehmens oder von Dritten, die im Namen des Unternehmens handeln, dürfen keine Beschleunigungszahlungen geleistet werden.

Wenn Sie eine Zahlung leisten oder wissen oder glauben, dass Dritte eine Zahlung geleistet haben, die als Zahlung zur Erleichterung oder Beschleunigung einer routinemäßigen behördlichen Maßnahme ohne Ermessensspielraum angesehen werden könnte, müssen Sie unverzüglich den Chief Compliance Officer und/oder den General Counsel benachrichtigen und sicherstellen, dass die Zahlung ordnungsgemäß in den Büchern und Unterlagen des Unternehmens erfasst und dokumentiert wird. Versuchen Sie niemals, eine solche Zahlung als etwas anderes zu tarnen. Die Strafen für die Verschleierung einer solchen Zahlung sind viel höher als die Strafen für die Leistung einer solchen Zahlung.

Sieht der FCPA irgendwelche Situationen vor, in denen einem ausländischen Regierungsvertreter, einer politischen Partei, einem Parteifunktionär oder einem Kandidaten Geschenke von Wert gemacht werden dürfen?

Der FCPA schreibt vor, dass es sich bei Zahlungen und dem Schenken, Anbieten oder Versprechen von Wertgegenständen um angemessene Ausgaben in gutem Glauben handeln muss, z. B. Reise- und Unterkunftskosten, die von dem Funktionär oder in seinem Namen getätigt wurden und in direktem Zusammenhang stehen mit:

- der Förderung, Demonstration oder Erläuterung von Produkten oder Dienstleistungen oder
- der Ausführung oder Erfüllung eines Vertrags mit einer ausländischen Regierung oder einer ihrer Behörden.

Nach den vorstehenden Ausführungen können angemessene (nicht übertriebene oder übermäßige) Reise-, Unterakunfts-, Verpflegungs- und Unterhaltungskosten ausländischer Regierungsvertreter vom Unternehmen bezahlt werden, sofern der Zweck unter die oben genannte Ausnahme für Werbezwecke oder Verträge fällt. Es ist ratsam, dass das Unternehmen diese Kosten nach Möglichkeit direkt übernimmt (z. B. Flug oder Hotel direkt bezahlt), anstatt sie der Person zu erstatten. Außerdem empfiehlt es sich, der ausländischen Regierung mitzuteilen, dass diese Kosten vom Unternehmen getragen werden. In allen Fällen müssen angemessene Unterlagen vorgelegt werden und es muss eine Genehmigung gemäß der B&W-Richtlinie für Geschenke und Bewirtung eingeholt werden.

Was sieht die Unternehmensrichtlinie in Fällen von Bewirtung und Geschenken für ausländische Regierungsvertreter vor, die nicht unter die oben beschriebene FCPA-Vorschrift für Werbekosten fallen?

Nach dem FCPA ist ein Geschenk oder die Zahlung von Bewirtungskosten, gleich welchen Werts, verboten, wenn die Absicht besteht, durch Korruption einen Auftrag zu erlangen oder zu behalten.

Bargeldgeschenke an ausländische Funktionäre sind absolut verboten. Bargeldlose Geschenke an ausländische Funktionäre dürfen nur in Übereinstimmung mit der Geschenke- und Bewirtschaftungsrichtlinie von B&W gemacht werden.

Im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Vergnügungen und geschäftlicher Bewirtung ausländischer Regierungsvertreter gilt die Regel der Angemessenheit. Wenn einem Funktionär, der für das Unternehmen günstige Entscheidungen trifft, häufig Geschenke gemacht werden, wäre das äußerst problematisch, selbst wenn kein bestimmtes Geschenk direkt mit einer bestimmten Amtshandlung verbunden ist. Darüber hinaus muss in ALLEN Fällen (Reisekostenerstattung, Geschenke, Bewirtung usw.) sichergestellt werden, dass die fraglichen Ausgaben sowohl nach den lokalen Gesetzen als auch nach den Vorschriften und Richtlinien der Regierungsbehörde/Organisation des Funktionärs zulässig sind und den allgemein anerkannten örtlichen Gepflogenheiten entsprechen. Die Ausgaben müssen ordnungsgemäß in den Büchern und Aufzeichnungen des Unternehmens erfasst werden.

Gibt es eine Unternehmensrichtlinie bezüglich der Verfahren für die Beauftragung von Drittvermittlern?

Ja. Die TPI-Richtlinie von B&W legt die Anforderungen fest, die erfüllt werden müssen, bevor ein TPI beauftragt werden kann. Die TPI-Richtlinie enthält die Bedingungen, die die Einhaltung des FCPA sowie anderer Gesetze und Vorschriften gewährleisten sollen und die in alle Vereinbarungen mit TPIs aufgenommen werden müssen.

Unterliegen Personen, die die Hauptverantwortung für die Auszahlung von Unternehmensgeldern tragen, besonderen Kontrollen?

Ja, jeder leitende Angestellte sowie alle Mitarbeiter des Unternehmens, die die Hauptverantwortung für die Auszahlung von Unternehmensgeldern tragen, müssen jährlich eine Erklärung vorlegen. Jede Person, die als „designierter Mitarbeiter“ gilt, ist verpflichtet, dem Chief Compliance Officer jährlich ein Schreiben vorzulegen, in dem sie erklärt, dass sie im vergangenen Jahr nach bestem Wissen und Gewissen keine Verstöße gegen den Kodex oder dieses Handbuch begangen hat, abgesehen von den Verstößen, die gegebenenfalls zuvor gemeldet wurden oder in diesen Erklärungen aufgeführt sind.

B. ALLGEMEINE FRAGEN ZUR EINHALTUNG DER VORSCHRIFTEN

Wie sieht die Unternehmenspolitik in Bezug auf die Führung der Bücher und Aufzeichnungen des Unternehmens aus?

Die Bücher und Aufzeichnungen des Unternehmens müssen jede darin aufgezeichnete Transaktion korrekt wiedergeben. In den Büchern und Aufzeichnungen des Unternehmens dürfen aus keinem Grund falsche oder irreführende Eintragungen vorgenommen werden. Keine Zahlung im Namen von B&W darf ohne angemessene Belege genehmigt werden oder mit der Absicht oder dem Wissen erfolgen, dass die gesamte Zahlung oder ein Teil davon für einen anderen als den in den Belegen beschriebenen Zweck verwendet werden soll. Es dürfen keine nicht offengelegten oder nicht verbuchten Mittel oder Vermögenswerte für irgendeinen Zweck gebildet werden. Die Verwendung von Vermögenswerten des Unternehmens für ungesetzliche oder unangemessene Zwecke ist streng verboten.

Manchmal möchte ein Vertreter eines Kunden oder Lieferanten nicht, dass sein Name auf einer Spesenabrechnung erscheint. Ist es zulässig, die Bewirtung einer solchen Person zu bezahlen, indem man Bargeld aus nicht registrierten Mitteln entnimmt oder einen Scheck ausstellt, um die Bewirtung zu bezahlen, und dann die Ausgaben als Transportkosten oder ähnliche Aufwendungen abrechnet, um zu vermeiden, dass der Name der Person in den Spesenbelegen auftaucht?

Nein. Die Unterhaltung von Mitteln, die nicht in den Geschäftsbüchern erfasst sind, ist streng verboten. Die B&W-Richtlinie sieht vor, dass Schecks, die die Auszahlung von Firmengeldern darstellen, nicht BAR ausgezahlt werden dürfen. Die in Form von Spesenabrechnungen eingereichten Unterlagen müssen den tatsächlichen Zweck der Ausgaben vollständig und wahrheitsgemäß wiedergeben. Es würde gegen die B&W-Richtlinie verstoßen, wenn durch den Eintrag „Transportkosten“ der Name einer bewirteten Person verschleiert werden soll. Die Bücher und Aufzeichnungen des Unternehmens müssen jede darin aufgezeichnete Transaktion korrekt wiedergeben. In den Büchern und Aufzeichnungen des Unternehmens dürfen aus keinem Grund falsche oder irreführende Eintragungen vorgenommen werden.

Welche Politik verfolgt das Unternehmen bei der Führung von Bankkonten?

Alle von B&W eingerichteten und geführten Bankkonten lauten auf den Namen des Unternehmens, für das sie eingerichtet wurden. Vom Chief Financial Officer von B&W sowie vom General Counsel muss die vorherige schriftliche Genehmigung zur Führung eines Kontos unter einem anderen Namen als dem des Unternehmens, das das Konto eingerichtet hat, eingeholt werden. Unter keinen Umständen dürfen Geschäfte des Unternehmens über das persönliche Bankkonto eines Mitarbeiters abgewickelt werden. Die Namen der einzelnen Mitarbeiter dürfen nicht in der Bankbezeichnung des Unternehmens verwendet oder wiedergegeben werden.

Alle erhaltenen Barzahlungen sind unverzüglich in den Büchern und Aufzeichnungen des Unternehmens zu vermerken und auf ein Konto einzuzahlen, das im Namen des Unternehmens bei einer Bank oder einem anderen Institut geführt wird, das vom Finanzvorstand von B&W oder einem Mitarbeiter mit ähnlichen Aufgaben des Unternehmens, das diese Zahlungen erhält, genehmigt wurde.

Das Unternehmen hält keine Gelder in Form von handelbaren Währungen vor, es sei denn, dies ist im Rahmen des normalen Geschäftsbetriebs erforderlich. Die Verwaltung aller B&W-Bankkonten sowie die Ein- und Auszahlung von Bargeld unterliegen ebenfalls den in den B&W-Richtlinien dargelegten Leitlinien, Verfahren und Praktiken. Ausnahmen bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Chief Financial Officer von B&W oder seines Beauftragten und des General Counsel.

Alle Abhebungen oder Auszahlungen von Firmengeldern sollten per Scheck, Wechsel oder Überweisung erfolgen. Überweisungen auf ein Nummernkonto (d. h. ein Bankkonto, bei dem der Name des Kontoinhabers nicht offengelegt wird) sind verboten, es sei denn, der Finanzvorstand von B&W oder ein von ihm Beauftragter und der General Counsel haben dies genehmigt. Zahlungen an ausländische Vertreter, Berater oder TPIs durch Überweisung auf ein Nummernkonto sind in jedem Fall streng verboten. Schecks, Wechsel usw., die Auszahlungen von Firmengeldern darstellen, sind nicht in BAR zahlbar. Der auf allen Schecks angegebene Zahlungsempfänger muss der Verkäufer oder Lieferant (oder ein rechtmäßig Bevollmächtigter) sein, von dem die Waren oder Dienstleistungen erworben wurden.

Alle Abhebungen oder Auszahlungen müssen durch angemessene Unterlagen gemäß Festlegung und mit den erforderlichen Genehmigungen belegt werden. Bei Überweisungen auf Nummernkonten, die genehmigt wurden, müssen in den Buchungsunterlagen der Zweck und der Empfänger der Zahlungen eindeutig angegeben sein. Alle Bankkonten müssen in den Geschäftsbüchern und Aufzeichnungen erfasst werden. Alle Bankkonten werden monatlich unter der Leitung des Finanzchefs von B&W oder einer von ihm beauftragten Person abgeglichen.

Verfügt das Unternehmen über Verfahren, die eine korrekte Rechnungsstellung an die Kunden gewährleisten?

Ja. Alle Verkäufe von Waren oder Dienstleistungen durch B&W werden gemäß den Bedingungen des Vertrages mit dem Kunden zeitnah in Rechnung gestellt. Die an die Kunden gesendeten Rechnungen müssen die gelieferten Waren oder erbrachten Dienstleistungen und den korrekten Betrag, der dem Unternehmen geschuldet wird, angemessen detailliert beschreiben. In Rechnung gestellte Beträge, die erstattungsfähig sind, werden auf der Rechnung entsprechend ausgewiesen.

Verfügt das Unternehmen über Verfahren zum Schutz vor falscher Rechnungsstellung an das Unternehmen?

Ja. Jede Zahlung für Waren und Dienstleistungen durch das Unternehmen muss durch Unterlagen belegt werden, aus denen der Zweck dieser Zahlung hervorgeht. Alle Honorarzahlungen an Berater, Anwälte, Erfüllungsgehilfen, Vertreter und sonstige Dritte sind per Scheck, Wechsel oder Überweisung an die ordnungsgemäß berechnete Partei zu leisten.

Welche Richtlinien gelten für Mitarbeiter des Unternehmens, die Geschenke, Zahlungen und Bewirtung erhalten?

Mit Ausnahme der nachstehend beschriebenen allgemeinen Gefälligkeiten dürfen Führungskräfte oder Mitarbeiter von B&W keine persönlichen Geschenke, Zahlungen, Honorare, Dienstleistungen, wertvollen Privilegien, Urlaube oder Reisen ohne geschäftlichen Zweck, Darlehen (mit Ausnahme

herkömmlicher Darlehen von Kreditinstituten) oder sonstigen Zuwendungen von Personen oder Geschäftsorganisationen, die mit dem Unternehmen Geschäfte machen oder machen wollen oder die mit dem Unternehmen in Wettbewerb stehen, fordern oder annehmen. Es ist niemals zulässig, ein Geschenk in Form von Bargeld oder bargeldähnlichen Mitteln (z. B. Geschenkgutscheine, Aktien oder andere Formen von Wertpapieren) in beliebiger Höhe anzunehmen. Kein Mitarbeiter darf etwas von Wert als Gegenleistung für die Empfehlung von Dritten an eine solche Person oder Geschäftsorganisation annehmen. Bestimmte Mitarbeiter müssen jährlich die Einhaltung der B&W-Richtlinie für Geschenke und Bewirtung bestätigen.

Das Unternehmen nimmt eine sehr strenge Haltung gegenüber Geschenken, Dienstleistungen oder Gegenleistungen jeglicher Art von Lieferanten ein. Bewirtungen auf Kosten von Lieferanten sollten sich auf die Annahme üblicher Höflichkeiten beschränken, die mit den gängigen Geschäftspraktiken für den Mitarbeiter und seine Familienangehörigen verbunden sind.

In bestimmten Ländern könnte die Ablehnung von persönlichen Geschenken, deren Wert die in den USA üblichen Geschäftspraktiken übersteigt, zu unangenehmen Geschäftssituationen führen. Die Frage, ob es angemessen ist, dass Mitarbeiter solche wertvollen Geschenke für den persönlichen Gebrauch aufbewahren, anstatt sie dem Unternehmen zu überlassen, sollte im Einklang mit der Richtlinie über Geschenke und Bewirtung geklärt werden.

Verbietet die Unternehmensrichtlinie Geschenke oder Geldzuwendungen an Vertreter von Privatkunden oder Lieferanten?

Die Unternehmensrichtlinie verbietet jegliche Zahlungen oder Zuwendungen von Wertgegenständen, d. h. Geld, Schecks oder andere, an Vertreter von Kunden oder Lieferanten, um einen Vorteil zu erlangen. Saisonale Geschenke oder Werbeartikel an leitende Angestellte, Mitarbeiter oder Vertreter privater Kunden oder Lieferanten bzw. angemessene Geschäftsessen oder Bewirtungen sind zulässig, wenn sie in Übereinstimmung mit der Richtlinie für Geschenke und Bewirtung erfolgen und die Ausgaben für solche Geschenke, Zuwendungen, Essen oder Bewirtungen genau dokumentiert werden.

Es ist nicht möglich, in jedem Fall festzulegen, was als annehmbare Geschenke, Zuwendungen, Mahlzeiten oder Bewirtungen zu betrachten ist. Die Mitarbeiter müssen in allen Fällen nach bestem Wissen und Gewissen handeln. Fragen können an die Rechtsabteilung oder die Abteilung für Ethik und Compliance gerichtet werden. Jeder Mitarbeiter, der gebeten wird, die Zahlung von Geldern des Unternehmens oder von Wertgegenständen an einen leitenden Angestellten, Mitarbeiter oder Vertreter eines Kunden oder Lieferanten zu veranlassen oder sich in irgendeiner Weise daran zu beteiligen, muss unverzüglich den Rat der Rechtsabteilung oder der Abteilung für Ethik und Compliance einholen.

Die B&W-Richtlinie verlangt von jedem Mitarbeiter, dass er alle Ausgaben für geschäftliche Bewirtung und saisonale Geschenke oder Werbeartikel und deren Wert meldet, die einem leitenden Angestellten, Mitarbeiter oder Vertreter eines Kunden oder Lieferanten gemacht wurden und die die in der Richtlinie für Geschenke und Bewirtung festgelegten Grenzwerte überschreiten.

Wie sieht die Unternehmenspolitik in Bezug auf politische Spenden aus?

Es gehört zu den Grundsätzen des Unternehmens, dass weder Gelder des Unternehmens noch der Name des Unternehmens direkt oder indirekt für politische Zwecke zugunsten von Kandidaten für politische Ämter, politischen Parteien oder gewählten Amtsinhabern auf Bundes-, Einzelstaaten- oder Kommunalebene verwendet werden dürfen, es sei denn, dies ist nach geltendem Recht zulässig und muss gemäß der Richtlinie für Unternehmensspenden genehmigt und gemeldet werden. Diese Einschränkung umfasst Praktiken wie den Kauf von Eintrittskarten für politische Abendessen oder Spendenaktionen mit Firmengeldern und die Bereitstellung von Transportmitteln für Kandidaten oder politische Parteien. Darüber hinaus dürfen weder Gelder des Unternehmens noch der Name des Unternehmens im Zusammenhang mit Veranstaltungen zu Ehren von Regierungsvertretern (d. h. Abendessen, Golfturniere, Podiumsdiskussionen usw.) verwendet werden, es sei denn, dies ist nach geltendem Recht und in Übereinstimmung mit der Spendenpolitik des Unternehmens zulässig.

Welche Politik verfolgt das Unternehmen bei Anfragen für politische Spenden?

Der General Counsel ist unverzüglich schriftlich über jede Anfrage zu unterrichten, die in Erwägung gezogen wird, Mittel des Unternehmens zu spenden oder Bewirtung, Geschenke, Zuwendungen oder irgendetwas von Wert durch die Nutzung von Mitteln, Dienstleistungen oder Einrichtungen des Unternehmens in Verbindung mit einer politischen Kampagne oder politischen Aktivität bereitzustellen.

Wie sieht die Unternehmenspolitik in Bezug auf die Teilnahme von Mitarbeitern an politischen Aktivitäten aus?

B&W-Mitarbeiter können sich als Privatpersonen frei politisch engagieren, vorausgesetzt, dass im Zusammenhang mit solchen politischen Einzelaktivitäten keine Einrichtungen, Mitarbeiter, Gelder, der Name des Unternehmens oder Verweise auf Positionen, die diese Personen bei B&W innehaben, verwendet werden, es sei denn, dies ist nach Bundes-, Einzelstaaten- oder Kommunalrecht im Hinblick auf die Offenlegung individueller politischer Spenden erforderlich. Mitarbeiter, die politische Spenden leisten, müssen dies mit ihrem eigenen Geld tun. Die Überlegung, vom Unternehmen eine Rückerstattung zu erhalten oder dem Unternehmen einen Vorteil zu verschaffen, darf dabei keine Rolle spielen.

Was gilt für die Verwendung von Firmengeldern im Zusammenhang mit Vorschlägen, die den Wählern vorgelegt werden, oder mit der Gesetzgebung?

B&W kann seine Mittel, Einrichtungen und Mitarbeiter einsetzen, um Vorschläge, die der Öffentlichkeit zur Genehmigung vorgelegt werden, oder andere überparteiliche Angelegenheiten oder Gesetze, die das Unternehmen, seine Mitarbeiter oder seine Aktionäre betreffen, zu unterstützen, abzulehnen oder öffentlich Stellung dazu zu beziehen. Alle derartigen Verwendungszwecke bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung in Übereinstimmung mit der Spendenrichtlinie des Unternehmens.

Ist es zulässig, dass das Unternehmen einem Mitarbeiter eine politische Spende erstattet, die dieser geleistet hat?

Bundeskampagnen ist es untersagt, Spenden des Unternehmens anzunehmen, und es ist ein Verstoß gegen die B&W-Politik, Gelder oder Vermögenswerte des Unternehmens für politische Spenden auf Bundesebene zu verwenden. Ob Gelder des Unternehmens für einzelstaatliche oder kommunale Wahlen verwendet werden können und ob solche Gelder zur Rückerstattung einer von einem anderen Unternehmen geleisteten Spende verwendet werden können, hängt von den örtlichen Gesetzen ab. Alle derartigen Fragen müssen an den General Counsel weitergeleitet werden.

Dürfen Firmengelder für ausländische politische Spenden verwendet werden?

Die Antwort hängt vom ausländischen Recht und vom FCPA ab. Alle derartigen Fragen müssen an den General Counsel weitergeleitet werden. Derartige Spenden bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den General Counsel.

FAZIT:

Dieses Handbuch ist nicht dazu gedacht, jede einzelne Situation abzudecken, die Fragen bezüglich des FCPA, des UKBA oder anderer anwendbarer Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung oder Korruption aufwerfen könnte. Es behandelt vielmehr einige der häufigsten Fragen und befasst sich nur mit einigen unserer internen Kontrollen zur Korruptionsbekämpfung. Wir betonen, dass es Aufgabe jedes Mitarbeiters ist, die geltenden Gesetze einzuhalten, bei seinen geschäftlichen Aktivitäten ein gutes Urteilsvermögen und gesunden Menschenverstand walten zu lassen und sich in jedem Fall an die Grundprinzipien von Ehrlichkeit, Integrität und fairem Umgang zu halten. Wann immer ein Mitarbeiter Zweifel daran hat, ob ein geplantes Verhalten gegen den FCPA oder andere geltende Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung oder Korruption verstoßen könnte, ist es zwingend erforderlich, die Rechtsabteilung oder die Abteilung für Ethik und Compliance zu konsultieren, um sicherzustellen, dass das geplante Verhalten nicht gegen die Gesetze eines Landes verstößt.

LITERATURHINWEISE:

B&W Verhaltenskodex B&W Ethik- und Compliance-Richtlinien

Ethikkodex für den Chief Executive Officer und die Senior Financial Officers